Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1549

17. 12. 87

Sachgebiet 8

Antrag
der Fraktion der SPD

Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die von der Evangelischen Kirche Deutschlands vorgelegte Denkschrift „Gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose" unverzüglich aufzugreifen und dem Deutschen Bundestag alsbald ein Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zuzuleiten. Dabei sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

— Die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reichen bei weitem nicht aus, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Zudem bieten die zeitlich eng befristeten Beschäftigungen weder für die betroffenen Arbeitnehmer weiterreichende berufliche Perspektiven noch kann dadurch eine kontinuierliche Erfüllung der Aufgaben sichergestellt werden.

— Deshalb ist es geboten, den Vorschlag der Evangelischen Kirche Deutschlands, kommunale Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsprojekte als ein neues Instrument zur Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose umzusetzen. Aus öffentlichen Mitteln – insbesondere des Bundes, denn der Bund ist für die Beschäftigungspolitik zuständig – sind vor allem in den Kommunen Projekte zu fördern, die auch von Firmen der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt werden und in die zusätzlich zur bestehenden Belegschaft Langzeitarbeitslose gezielt integriert werden. Die Vergabe der Förderungsmittel und ihre Höhe ist an die zusätzliche Beschäftigung von Pesonen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, zu binden.

— Im Gegensatz zu dem herkömmlichen Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen soll es sich nicht um Sonderprojekte, sondern um normale Investitions- und Dienstleistungsaufgaben der Kommunen handeln. Dafür gibt es erheblichen Bedarf an bisher unerledigten Aufgaben im Bereich der personalen und sozialen Dienste, des Umweltschutzes, des Ausbaus öffentlicher Einrichtungen und der Sanierung von Wohnungen und Siedlungen.

— Der zeitliche Förderungsrahmen für das jeweilige Projekt soll mindestens fünf Jahre betragen.

— Bei der Projektförderung werden Kommunen mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote bevorzugt berücksichtigt, da sie auch besonders hohe Sozialhilfelasten tragen.

Bonn, den 17. Dezember 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Der Anteil Arbeitsloser, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, ist von 21,2 Prozent im Jahr 1982 auf 36,4 Prozent im Jahr 1986 gestiegen. Nach neueren Schätzungen gibt es inzwischen über 750 000 Langzeitarbeitslose.

Langzeitarbeitslose sind keinesfalls eine Randgruppe unter den Arbeitslosen. Von Langzeitarbeitslosigkeit besonders betroffen sind: ältere Arbeitnehmer, Frauen, Ausländer, Arbeitnehmer mit Erschwernissen, wie z. B. einer physischen oder psychischen Erkrankung oder auch nur einer besonders schwierigen Familiensituation sowie viele junge Menschen. Langzeitarbeitslosigkeit führt zu finanziellen Belastungen, durch die ein menschengerechtes Leben gefährdet ist. Der Anstieg derjenigen, die Arbeitslosenhilfe statt Arbeitslosengeld bekommen, bzw. der vermehrte Wegfall jeglichen Leistungsbezugs ist Symptom für die steigende Langzeitarbeitslosigkeit. Zunehmend sind Arbeitslose auf die Sozialhilfe angewiesen, was zudem zahlreiche Kommunen handlungsunfähig macht. Langzeitarbeitslosigkeit trifft insbesondere auch Familien mit mehreren Kindern. So haben 30 Prozent der Langzeitarbeitslosen drei und mehr Kinder. In diesen Familien ist der Abstieg in die Verarmung oft unausweichlich.

Schließlich bewirkt erhöhte Langzeitarbeitslosigkeit soziale, seelische und gesundheitliche Belastungen. Spannungen in den Familien führen zu Scheidungen, gewalttätigen Ausschreitungen, Alkoholmißbrauch, kriminellen Handlungen, Depressionen und Selbstmordversuchen. Gesicherte Erkenntnisse über das durch Langzeitarbeitslosigkeit ursächliche Auftreten von organischen und psychosomatischen Erkrankungen liegen inzwischen vor. Dazu gehören z. B. Magen-Darm-Beschwerden, Neubildung von Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren, Verschlechterung von Asthmaleiden, Verschlechterung von Herz-Kreislauf-Beschwerden, Wiederauftreten von Hautveränderungen bei bestehender Ekzemneigung und vieles mehr.

Den Langzeitarbeitslosen, die die größte Last der Unterbeschäftigung tragen, muß durch gezielte Hilfen die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben ermöglicht werden. In einer wohlhabenden und zugleich den Prinzipien der Menschenwürde und Solidarität verpflichteten Gesellschaft muß es die Aufgabe der politisch Verantwortlichen sein, den von Arbeitslosigkeit längerfristig Betroffenen die Möglichkeit einer gesellschaftlich sinnvollen und anerkannten Beschäftigung zu geben und die dafür geeigneten Projekte in einer großen Gemeinschaftsanstrengung zu entwikkeln.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333